

28 Seiten /  
4 A Seiten

- 1 A -

**Ausschuß für Frauenpolitik**

**Protokoll**

25. Sitzung (nicht öffentlich)

30. Oktober 1992

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.55 Uhr

Vorsitzende: Abgeordnete Morawietz (SPD)

Stenograph: Eilting

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Aktuelle Viertelstunde**

**Haltung und Konsequenzen der Landesregierung zu dem Ergebnis der Erhebungen des Landesrechnungshofs NW zur Aufbauorganisation und zur Personalkonzeption des Ministeriums für die Gleichstellung von Frau und Mann**

Antrag der Fraktion der CDU

Ministerin Ridder-Melchers gibt eine erste Stellungnahme ab.

1

Anschließend kommt es zu einer Ausschußdebatte.

5

Die detaillierte Beratung soll nach Überweisung des LRH-Berichts durch den Landtag erfolgen.

Ausschuß für Frauenpolitik  
25. Sitzung

30.10.1992  
ei-mj

Seite

**2 Gesetz zur Feststellung des Haushaltsplans des Landes  
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993  
(Haushaltsgesetz 1993)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/4200

**Einzelplan 11 - Ministerium für die Gleichstellung  
von Frau und Mann**

Vorlage 11/1537  
Zuschrift 11/2007

11

Der Ausschuß berät Einzelfragen zu den Sachtiteln  
des Einzelplans 11 und zu den Haushaltsansätzen  
mit unmittelbar frauenpolitischem Bezug in anderen  
Einzelplänen.

Die Abstimmung ist für die nächste Sitzung vorgesehen.

**3 Königsborner Ein-Eltern-Projekt (KEEP)**

Auf Vorschlag der Antragstellerin, der Abge-  
ordneten Witteler-Koch (F.D.P.), wird vereinbart,  
den erbetenen Bericht schriftlich entgegenzunehmen.

**4 10. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz**

Vorlage 11/1625

Der Ausschuß nimmt einen Bericht der Ministerin  
Ridder-Melchers entgegen.

15

Nach kurzer Aussprache **erklärt** der Ausschuß mit den  
Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN bei  
Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der F.D.P.,  
die Landesregierung dabei **zu unterstützen**, ihre  
frauenpolitischen Forderungen zur AFG-Novelle  
weiterhin zu vertreten.

18

**5 Obdachlosigkeit in NRW bekämpfen!**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/4294

Regierungsangestellte Schmidt (MAGS) erstattet einen  
ausführlichen Bericht.

19

In der folgenden kurzen Aussprache werden schriftliche  
Unterlagen dazu erbeten, nach deren Vorliegen die Bera-  
tungen fortgesetzt werden sollen.

24

**6 Beteiligung des Landtags an der Frauenmesse "top 93"**

Der Ausschuß spricht sich einvernehmlich dafür aus,  
sich in Form eines Forums zu dem Thema "Frauen und  
Wirtschaft" an der "top 93" zu beteiligen.

-----

**2 Gesetz zur Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993 (Haushaltsgesetz 1993)**Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/4200**Einzelplan 11 - Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann**Vorlage 11/1537  
Zuschrift 11/2007

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, daß über etwaige Anträge zum Personalhaushalt schon heute entschieden werden müsse. Die Anträge zum Sachhaushalt, über die der Frauenausschuß am 27. November abstimmen werde, bitte sie möglichst frühzeitig dem Ausschußbüro zu übermitteln.

Auf Vorschlag der **Abgeordneten Witteler-Koch (F.D.P.)** vereinbart der Ausschuß, etwaige Anträge zum Personalhaushalt über die Fraktionen beim Unterausschuß "Personal" einzureichen.

Anschließend werden Einzelfragen zum Haushaltsentwurf beraten.

**Abgeordnete van Dinther (CDU)** gibt zunächst ihrer Verwunderung Ausdruck, daß den Vertretern der Landesregierung in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Jugend und Familie nicht bekannt gewesen sei, daß mit dem Modellprojekt "Tagesmütter", wie **Ministerin Ridder-Melchers** in der letzten Frauenausschußsitzung erklärt habe, im kommenden Jahr begonnen werden solle.

Das Modellprojekt sei in Planung, erläutert **Ministerin Ridder-Melchers**. Es gebe Gespräche mit einer bestimmten Stadt, und es lägen konkrete Anträge vor. Auf der Fachebene hätten auch schon Vorgespräche mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales stattgefunden. Es möge sein, daß die Führungsebene eines so großen Ministeriums einmal über Einzelheiten nicht informiert sei.

Ausschuß für Frauenpolitik  
25. Sitzung

30.10.1992  
Ei-gu

**Abgeordnete Witteler-Koch (F.D.P.)** wirft die Frage auf, ob der Ansatz "Frauenfreundlicher Betrieb" - *Kap. 11 020 Tit. 531 20* - nicht ganz gestrichen werden sollte.

Weiter möchte sie wissen, ob die Ansatzserhöhung von 195 000 DM bei den Zuschüssen an die Träger von Selbsthilfegruppen - *Kap. 11 020 Tit. 684 20* - auch bei Berücksichtigung der Personalkostensteigerungen ausreiche.

**Ministerin Ridder-Melchers** erinnert die Sprecherin der F.D.P. daran, daß sie Mitglied der Jury des Wettbewerbs "Frauenfreundlicher Betrieb" gewesen sei. - Nach ihrem Eindruck sei gerade die bei diesem Wettbewerb praktizierte Zusammenarbeit mit Kammern und Verbänden sehr förderlich, um den Gedanken der Frauenförderung in die Unternehmen hineinzutragen.

Die Ansatzserhöhung bei dem weiter genannten Titel, aus dem die Frauenberatungsstellen gefördert würden, reiche aus, nicht nur die Personalkostensteigerungen aufzufangen, sondern auch dafür, künftig 1 1/2 feste Personalstellen bei allen Frauenberatungsstellen zu finanzieren.

**Abgeordnete van Dinther (CDU)** möchte wissen, ob die aus Tit. 526 00 finanzierten Untersuchungsvorhaben für 1993 bereits festlägen oder im Laufe des Jahres noch neue Vorhaben dazukommen könnten.

Mit der vorgesehenen Ausdehnung der Öffentlichkeitsarbeit - *Kap. 11 020 Tit. 531 10* und *Tit. 531 30* - könne sich die CDU-Fraktion angesichts der gegenwärtig sehr kritischen finanziellen Situation nicht einverstanden erklären.

Zu den Frauenhäusern bitte sie mitzuteilen, ob inzwischen bewilligungsreife Anträge aus den Kreisen vorlägen, in denen noch kein Frauenhaus existiere.

Vom Frauenrat Nordrhein-Westfalen habe sie erfahren, daß das Gleichstellungsministerium Zuschüsse für einen Stand auf der Messe "top 93" nicht genehmigt habe, weil der Antrag angeblich zu spät gestellt worden sei; dies werde von der Vorsitzenden des Frauenrates anders dargestellt. Sie wüßte gerne, ob sichergestellt werden könne, daß der Frauenrat, in dem ja Basisarbeit ehrenamtlich geleistet werde, auf dieser Messe vertreten sei.

Weiter bitte sie um Auskunft, ob der Ansatz für Zufluchtsstätten für sexuell mißbrauchte Kinder - *Kap. 07 050 Titelgruppe 63* -, der gegenüber dem Vorjahr unver-

Ausschuß für Frauenpolitik  
25. Sitzung

30.10.1992  
Ei-gu

ändert 720 000 DM betrage, ausreiche, um die neuen Mädchenhäuser in Düsseldorf und in Duisburg zu finanzieren.

Die Abgeordnete spricht dann die bei den Regionalstellen "Frau und Beruf" - *Kap. 08 030 Titelgruppe 94* - vorgesehene Ansatzserhöhung von 1 087 000 DM an. Grundsätzlich sei zu fragen, ob die Landesregierung beabsichtige, die Finanzierung dieser Regionalstellen nach Auslaufen der Anschubfinanzierung fortzusetzen. Da noch kein Bericht über die Arbeit dieser Stellen vorliege und der Ausschuß noch nicht wisse, ob sich die Kompetenzen möglicherweise überschneiden und ob der Mitteleinsatz überhaupt effektiv sei, erscheine es ihr dringlicher, für konkrete frauenpolitische Maßnahmen wie beispielsweise die Einrichtung von Zufluchtsstätten oder Beratungsstellen für sexuell mißbrauchte Mädchen bzw. Kinder mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.

**Abgeordnete Witteler-Koch (F.D.P.)** gibt zu erwägen, den - allerdings zur Debatte für heute nicht vorgesehenen - Bericht "Frauenförderung im Rahmen des Vollzugs des Landeshaushalts 1991" (*Vorlage 11/1482*) in die Beratungen einzubeziehen. - Nach Meinung der Vorsitzenden kann das nicht geschehen, weil sich der Ausschuß darauf nicht vorbereitet habe.

**Ministerin Ridder-Melchers** beantwortet die gestellten Fragen.

Die im Titel 526 00 - Untersuchungsvorhaben - veranschlagten Haushaltsmittel seien durch Planungen belegt; die Vorhaben seien im Erläuterungsband genannt (*s. Vorlage 11/1537, S. 13 f.*).

Grundsätzlich dürfe sie dazu bemerken, daß sich bei innovativen Maßnahmen die Umsetzung verzögern könne, weil beispielsweise die erforderliche Koordination Zeit brauche, oder daß eine Umplanung vorgenommen werde, weil sich bestimmte Voraussetzungen verändert hätten. Falls sich etwa im Laufe des Haushaltsjahres herausstelle, daß ein bestimmtes Untersuchungsvorhaben nicht mehr unbedingt erforderlich sei, weil eine ähnliche Untersuchung schon in einem anderen Bundesland laufe, sei es sicherlich auch im Sinne des Ausschusses, auf eine solche Untersuchung zu verzichten und die Mittel für ein dringlicheres Vorhaben zur Verfügung zu stellen.

Was die Öffentlichkeitsarbeit angehe, sei sie davon ausgegangen, daß der Frauenausschuß diese für einen wichtigen Aspekt der Frauenpolitik halte. Sie habe Wert darauf gelegt, durch eine Trennung der bisherigen Haushaltsposition in zwei Titel deutlich zu machen, wieviele Mittel etwa für die Dokumentation von Untersuchungsergebnis-

Ausschuß für Frauenpolitik  
25. Sitzung

30.10.1992

Ei-gu

sen oder Arbeitsmaterialien - z.B. Berufsorientierungsmaterialien für alle Schulen des Landes - ausgegeben würden und daß für allgemeine Öffentlichkeitsarbeit erheblich weniger Mittel zur Verfügung stünden. Sie halte alle Informationsmaßnahmen für sehr notwendig.

Hinsichtlich der Anträge auf Einrichtung von Frauenhäusern habe sich der Sachstand seit der letzten Sitzung nicht geändert (s. APr. 11/661, S. 23). Möglicherweise gingen bei den Landschaftsverbänden aber noch Anträge ein.

Was den Frauenrat angehe, habe sich ihr Ministerium sehr bemüht, Zuschüsse zu gewähren, um eine effektive Arbeit zu ermöglichen. Der Frauenrat sei auch darauf hingewiesen worden, daß Anträge rechtzeitig gestellt werden müßten; wenn das dann nicht geschehe, müsse leider negativ beschieden werden.

Der Landeszuschuß für ein Mädchenhaus liege bei ungefähr 200 000 DM, so daß der für die Zufluchtsstätten ausgebrachte Ansatz von 720 000 DM auf jeden Fall ausreiche, um die Mädchenhäuser in Bielefeld, Düsseldorf und Duisburg zu fördern.

Bezüglich der Regionalstellen "Frau und Beruf" erinnert die Ministerin an den in der letzten Sitzung gefaßten Beschluß des Frauenausschusses, den Bericht dazu bei einem Besuch in einer Regionalstelle Anfang 1993 entgegenzunehmen. Im übrigen habe es dazu schon Zwischenberichte des Wirtschaftsministeriums gegeben. Was die Effektivität und die angesprochenen möglichen Überschneidungen betreffe, bitte sie, sich einmal die Förderungsbedingungen anzusehen: Den Regionalstellen sei aufgegeben, alles zu beachten, was vor Ort bereits geschehe, mit den entsprechenden Institutionen zu koordinieren und ggf. ergänzend tätig zu werden; sie sollten nur dort selbst aktiv werden, wo es Defizite gebe.

Nach ihrem Eindruck arbeiteten die meisten Regionalstellen sehr effektiv und erreichten eine Vernetzung der Angebote für Frauen in der Region. Über die schwierige Frage der Weiterfinanzierung - insbesondere, ob die Kommunen und die Wirtschaft eingebunden werden könnten - sei im nächsten Jahr sorgfältig zu reden. Politisch halte sie die Regionalstellen "Frau und Beruf" für so notwendig, daß alles darangesetzt werden sollte, ihren Bestand zu sichern. Das werde angesichts der Haushaltssituation aber nicht einfach sein.

**Abgeordnete van Dinther (CDU)** bittet noch einmal, sicherzustellen, daß der Frauenrat Nordrhein-Westfalen - selbst wenn er nicht immer so effektiv arbeite, wie es vielleicht sein sollte - in einem angemessenen Rahmen auf der "top 93" vertreten sei.



Ausschuß für Frauenpolitik  
25. Sitzung

30.10.1992  
Ei-gu

**Ministerin Ridder-Melchers** betont, ihr Haus habe sich in den vergangenen Jahren intensiv bemüht, die Kooperation mit dem Frauenrat vernünftig zu gestalten, und viel Arbeitskapazität hineingesteckt, damit das ordnungsgemäß ablaufe. Ein Absatz auf Seite 10 des Landesrechnungshof-Berichts beziehe sich darauf. Sie meine, daß das Ministerium alles getan habe, damit der Frauenrat seine Arbeit weiterhin leisten könne.

**Abgeordnete Witteler-Koch (F.D.P.)** stimmt in diesem Punkt der Ministerin zu. Auf der "top 93" seien die dem Landesfrauenrat angeschlossenen Verbände ohnehin vertreten, so daß kein Defizit entstehe, wenn ein Messestand des Frauenrates nicht zustande komme. Sie halte es für richtig, ein Zeichen zu setzen, zumal die seitens des Frauenrates betriebene Politik - je nach Konstellation im Vorstand - der Frauenpolitik nicht immer gerecht werde.

Zu TOP 3 - Königsborner Ein-Eltern-Projekt (KEEP) - k e i n e Diskussion.

#### 4 10. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz

Vorlage 11/1625

Die **Vorsitzende** verweist auf die Beratungen in der Aktuellen Viertelstunde der letzten Sitzung. Die vom Bundesrat verabschiedete EntschlieÙung liege inzwischen vor.

**Ministerin Ridder-Melchers** berichtet zum Sachstand:

Zunächst darf ich darauf hinweisen, daß die Ihnen vorliegende EntschlieÙung so im Bundesrat verabschiedet worden ist. Der Bundesrat hat die Sparnovelle abgelehnt.